Bauung

A. Festsetzungen:

1. Das Baugebiet wird im Sinne des § 3 BauNVO als reines Wohngebiet festgesetzt. Zulässig sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen (§ 3 Abs. 4 BauNVO). Garagen sind nur für den durch die zulässige Nutzung verursachten Bedarf zulässig.

2. Soweit sich bei der Ausmittlung der überbaubaren Grundstücksflächen (einschl. der Flächen für Garagen) sowie Abstandsflächen ergeben, die geringer sind als Art. 6 und 7 BayBO vorsieht, gelten diese ausdrücklich für zulässig erklärt. Die in den Plan durch Festsetzung der überbaubaren Grundstücksflächen sich ergebenden Grenzabstände dürfen auch bei einer Änderung oder bei Nichteinhaltung der vorgeschlagenen Grundstücksgrenzen nicht unterschritten werden.

3. Soweit Garagen in den hierfür besonders an den Grundstücksgrenzen ausgewiesenen Flächen errichtet werden, ist Grenzanbau festgesetzt. Doppelgaragen (DG) müssen an der Grundstücksgrenze zusammengebaut werden.

4. Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind unzulässig.

5. Geltungsbereich des Bebauungsplanes

6. Straßenbegrenzungslinie

7. Überbaubare Grundstücksflächen:
   Baulinie
   Baugrenze

8. Firstlinie

9. Bei der zulässigen Neigung der Festsetzung der Höhe der [illegible]

Dachform: Satteldach
Dachneigung: Höchstens 26°
Sockelhöhe: Höchstens 0,30 m über natürlichen Gelände
Traufhöhe: Höchstens 3,90 m über natürlichen Gelände
Zulässig Erdgeschoß
Zwingend Erdgeschoß
Dachform: Satteldach
Dachneigung: Höchstens 26°
Sockelhöhe: Höchstens 0,30 m über natürlichen Gelände
Traufhöhe: Höchstens 3,05 über natürlichen Gelände
Zulässig Erdgeschoß und 1 Untergeschoß
Dachform: Satteldach
Dachneigung: Höchstens 24°
Sockelhöhe: Hangseitig höchstens 0,50 m über natürlichen Gelände
Traufhöhe: Talseitig höchstens 3,90 m über natürlichen Gelände

10. Bauweise.
   Es gilt die offene Bauweise.

11. Verkehrsflächen.
   Öffentliche Verkehrsflächen
   Breite der Straßen und Wege in Metern
   Mindestlänge der anbaufähigen Verkehrsflächen in Metern über 25 m

12. Einfriedungen: Diese sind als sockelbruchsteine in Höhe von [illegible] auszuführen, die Sockel dürfen nur hangseitig mit geringem Überschritt verwendet werden. Sie dürfen höchstens 15 cm über Straßenk.

13. Garagen: Fläche für Garagen
   Fläche für Doppelgaragen

B. Hinweise:

1. Flurstücksnummern
2. Vorhandene Grundstücksgrenzen
3. Vorschlag für die aufgelassene vorhandener Grundstücksgrenzen
4. Vorschlag für die Teilung der Grundstücke
5. Maßzahlen in Metern für die abzeichnend festgestellten Grundstücksflächen in Sinne des Art. 7 Abs. 1 BayBO
6. Vorhandene Schachtbrunnen
7. Vorhandene Nebengebäude, zum [illegible] vorgesehen
8. Höhenschichtlinien

Herrsching a. Ammersee, den 21.11.1967

(Siegel)

Gemeinde Herrsching a. Ammersee
Landkreis Starnberg
Der Vorsitzende
1. Bürgermeister

Verfahrenshinweise

1. Die Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wurde am [illegible] durch Anschlag an der Gemeindetafel gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ortsüblich bekannt gemacht.

2. Der gebilligte Bebauungsplanentwurf wurde mit Begründung in der Zeit vom 21.11.1967 bis 21.12.1967 gem. § 2 Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegt.

3. Die Gemeinde Herrsching a. Ammersee hat diesen Bebauungsplan (Zeichnung und Text) gem. § 10 BBauG am 29.5.1968 als Satzung beschlossen.

Herrsching a. Ammersee, den 21.11.1968

(Siegel)

1. Bürgermeister

4. Die Regierung von Oberbayern hat diesen Bebauungsplan mit Entschließung vom 21.11.1968 Nr. [illegible] genehmigt. Die Auflagen der EE wurden am 10.5.1967 vom Gemeinderat beschlußmäßig angenommen.

Herrsching a. Ammersee, den 21.11.1968

(Siegel)

1. Bürgermeister

Bekanntmachungsvermerk

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 21. Oktober 1968 bis einschließlich 21. November 1968 im Rathaus der Gemeinde Herrsching a. Ammersee gemäß § 12 Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung und die Auslegung sind am 16. Oktober 1968 ortsüblich durch Anschlag an der Amtstafel bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist somit nach § 12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

Herrsching a. Ammersee, 21.12.1968

Gemeinde

(Scherrer)
1. Bürgermeister

BEBAUUNGSPLAN
HERRSCHING N/A, STRITTHOLZ- NORD u. LEITENHÖHSTRASSE M=1:100

Nachweis der Planänderungen gem. BS vom 21.6.1967:

Nr. 1 = Fl.Nrn. 745, 746, 750/9, 750/10, 752/11, 751/2 und 753/2 gemäß Gemeinderatsbeschluß vom 23.4.1965 Nr. 5

Nr. 2 = Fl.Nrn. 746/5, 746/6 und 750 gemäß Gemeinderatsbeschluß vom 29.9.1965 Nr. 1

Nr. 3 = Fl.Nrn. 750, 750/9, 750/10, 745 und 746 gemäß Gemeinderatsbeschluß vom 29.9.1965 Nr. 1

Nr. 4 = Fl.Nrn. 746/4, 746/5, 746/6, 784/3 gemäß Gemeinderatsbeschluß vom 29.9.1965 Nr. 1 b)

Nr. 5 = Fl.Nr. 753/9 Gemeinderatsbeschluß vom 10.5.1967 Nr. 219 und vom 19.6.1967 Nr. 122

Änderungen der Festsetzungen wie folgt:

Ziff. 2 "zeont" statt "zweitge"
Ziff. 2 "zwingend" statt "teilweise"
Ziff. 13 "Straßenbegrenzungslinie" statt "Straßenbegrenzung"

gemäß Gemeinderatsbeschluß vom 16.12.1964 Nr. 2 und Art. 23 BayO in der Fassung der Bek. vom 10.5.1967 Nr. 219

Herrsching a. Ammersee, 15. Nov. 1967
Genehmigt
LRA.

(Siegel)
1. Bürgermeister

Die Einziehung der schützenswerten Baumgruppe auf Fl.Nr. 753/9 und die entsprechende Ergänzung der Hinweise in Ziffer 9 erfolgte aufgrund der AE vom 10.4.1968 Nr. II/8 a-IV B 76-8702/24 IV.1 und des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.6.1968 Nr. 122.

Herrsching a. Ammersee, 15. Oktober 1968
Genehmigt
LRA.

(Siegel)
1. Bürgermeister

HERRSCHING IM MÄRZ 1964
PLANFERTIGER:

GEÄNDERT NACH ENTSCHLIESSUNG VOM 21.4.67 DER REG. VON OBERBAYERN AM 24.8.1967 LA.